

## HSH-Bank in der Sackgasse

**D**as Ende naht und der finale Schreck wird groß sein, sehr groß - im Sinne von **sehr, sehr viel Geld**. Am 31. März war der Stichtag für die Angebotsabgabe zum Kauf der maroden staatlichen HSH-Nordbank. Angeblich soll es Kaufinteressenten geben, die Verantwortlichen in den Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein halten sich jedoch bedeckt. Zwar geht es um zig Milliarden Euro, die letztlich wir Steuerzahler tragen müssen - aber Informationen werden der Öffentlichkeit vorenthalten! Auch im Schleswig-Holsteinischen Landtagswahlkampf wurde das Thema geschickt rausgehalten.

Klaus  
Kuberzig



Werner Marnette, ehemaliger CDU-Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein, geht davon aus, dass erfolgreiche Verkaufsabsichten nur vorgegaukelt werden und der Verkauf letztlich platzen werde. (HH-Abendblatt, 7.4.2017).

Wir sind gespannt, wie die neue Landesregierung den Schaden von rund 10 Milliarden Euro regulieren will und welche Einschnitte es zu Lasten der Städte und Gemeinden geben soll. Die Stadt Barmstedt hat jetzt schon aufgrund der zu geringen Steuerzuweisungen durch Land und Bund ein jährliches Haushaltsdefizit von rd. 5 Millionen Euro.

### **Letzte Meldung vor Redaktionsschluss:**

Der Hamburger Reeder Bertram Rickmers muss die Mehrheit an seinem Unternehmen verkaufen und noch zusätzlich 30 Millionen Euro aus seinem Privatvermögen drauflegen, weil er sich mit seinen Schiffen ver-zockt hat. Ihm und seinem Geld weinen wir keine Träne nach, schlimm ist aber, dass hier auch zahlreiche Arbeitsplätze in Gefahr sind. Gleichzeitig muss der „Rickmers Maritime Trust“ mit Sitz in Singapur abgewickelt werden. Und wer hat wohl rund 188 Millionen Euro in diese Anleihe eingezahlt? Richtig: Die HSH Nordbank. Auch ein Großteil dieses Geld dürfte schon mal futsch sein.

## Ärztliche Versorgung aus dem Abseits holen:

# Ärztezentrum notwendig

**D**ie Älteren unter Ihnen erinnern sich bestimmt: Man ging beim Arzt ins Wartezimmer, fragte „wer war der Letzte?“ und wusste dann, wann man an der Reihe war. Später wurde dieses „System“ vielfach mit dem Ziehen von Nummern abgelöst.

Die Rezeptgebühr betrug in dieser Zeit übrigens 0,50 DM (also fünfzig Pfennige)!

Die verschiedenen Bundesregierungen haben es in den vergangenen Jahrzehnten geschafft, unser Gesundheitssystem Schritt für Schritt zu einem schwerkranken Patienten zu machen.

Überfüllte Wartezimmer in den Arztpraxen, Termine nur nach vorheriger Vereinbarung - oftmals erst nach mehrwöchiger Wartezeit - und teilweise hohe Kosten für Medikamente sind nur einige Negativ-Beispiele. Gewinner sind - mal wieder - die großen Pharmakonzerne sowie private Krankenhausbetreiberkapitalgesellschaften (SANA, Asklepios etc.), die riesige Gewinne zu Lasten der Beschäftigten und der Patienten einsacken.

Wie absurd ist es, dass die gesetzlichen Krankenkassen bestimmte sinnvolle Vorsorgeuntersuchungen nicht bezahlen (sogenannte IGELE-Leistungen), dafür aber später die wesentlich höheren Behandlungskosten



tragen müssen?!

In unserer letzten BALL-Zeitung haben wir eine Blitzumfrage zur medizinischen Versorgung in unserer Stadt gestartet. Das Ergebnis, auch wenn die Umfrage nicht repräsentativ ist, zeigt einen nicht zu übersehenden Trend: alle Befragten, die sich an der Umfrage beteiligten, empfinden die Versorgung als unzureichend. Das betrifft den Fachärztemangel, aber auch die Anzahl der niedergelassenen Hausärzte. Insbesondere tritt der Wunsch nach einem Augenarzt hervor.

Und während die Bürgerinnen und Bürger den Mangel laufend erfahren, besteht nach offiziellen Statistiken sogar eine Überversorgung mit Ärzten. Aber damit dürfen sich Politik und Verwaltung nicht zufrieden geben! In den am 07.04.2014 von der Stadtvertretung beschlossenen „Festlegungen für die Zukunft“ heißt es: „Barmstedt bleibt der attraktivste Wohn- und Erholungs-ort im Nordwesten der Metropolregion Hamburg“. Aber was bitte ist an ärztlicher Unterversorgung attraktiv?

Wer eine attraktive und wachsende Stadt will, muss auch bereit sein, über den Tellerrand zu gucken und Alternativen zu suchen. Dazu gehört auch, neue Möglichkeiten zur Realisierung eines Gesundheitszentrums auszuloten - siehe nachfolgende Beispiele.

Da sind die Forderungen des Seniorenbeirates der Stadt genau richtig, der weiter um die Ansiedlung von Fachärzten in Barmstedt kämpfen wird. Die BALL unterstützt diese Forderungen und wir begrüßen es, dass auf Initiative

des Seniorenbeirates ein „Runder Tisch“ mit den Fraktionen der Stadtvertretung, der Verwaltung und mit dem Dithmarscher Gesundheitskoordinator Harald Stender ins Leben gerufen werden soll.

### → **Möglichkeit 1:**

Der Seniorenbeirat hat Kontakt zur Kieler Bellevue Augenklinik aufgenommen. Diese Klinik betreibt auch Praxis-Niederlassungen in verschiedenen Städten - unter anderem in Pinneberg. In diesen Praxen werden nicht nur Privatpatienten sondern überwiegend gesetzlich Versicherte behandelt. So etwas müsste doch auch in Barmstedt möglich sein.

### → **Möglichkeit 2:**

#### **Büsum geht neue Wege**

In Büsum gab es lange Zeit ein ähnliches Problem wie in Barmstedt. Dort hat die Verwaltung ein Gesundheitszentrum als „Eigeneinrichtung“ geschaffen. Die dortigen (Haus)Ärzte sind Angestellte einer gegründeten gemeinnützigen Gesellschaft, die mit der Ärzten-gesellschaft Nord zusammen arbeitet. Verwaltungstechnische Aufgaben - wie z.B. Abrechnungen - übernimmt eine zentrale Verwaltung; die Ärzte können sich somit auf die Behandlungen konzentrieren. Neben den Hausärzten gibt es im Zentrum Physiotherapie und Heilpraktiker und weitere (Fach)Ärzte können hinzukommen.

Dieses in Deutschland bisher einmalige Modellprojekt wurde finanziell durch die Kassenärztliche Vereinigung gefördert.

## Umweltausschuss berät über Lärmbelästigungen durch die Meierei/Käsefabrik

# BALL: Lärmmessungen überfällig!

**I**m Herbst 2015 wandte sich die Anwohnerinitiative „Mut zur Vernunft“ mit der Forderung nach Erstellung neuer Lärmgutachten an das Umweltministerium in Kiel sowie an alle Fraktionen der Barmstedter Stadtvertretung. Auf Antrag der BALL-Fraktion wurde im Januar 2016 im Umweltausschuss der Stadt darüber beraten. Die Ausschussmitglieder einigten sich darauf, zunächst einen Sachverständigen mit der Prüfung vorhandener Lärmgutachten und Messberichte bezüglich der Meierei/Käsefabrik zu beauftragen. Im Umweltausschuss sollten dann die Ergebnisse des Prüfers ausgewertet werden, und es sollte über die Erstellung neuer



Lärmmessungen entschieden werden. Eine Stellungnahme des Sachverständigen liegt jetzt vor. Die BALL-Fraktion hat die

Beratung darüber für Ende Mai im Umweltausschuss beantragt.

Die Ausgangspunkte für die Forderung der Anwohnerinitiative

nach neuen Gutachten sind die rund um die Uhr auftretenden tieffrequenten Brummgeräusche, die in den Wohngebieten um die Meierei/Käsefabrik zu hören sind. Außerdem haben die Anwohner bei Verkehrszählungen feststellen müssen, dass auf dem Firmengelände täglich über 350 LKW-Bewegungen stattfinden. Dies ist verbunden mit Verladegeräusche, Rangieren, Motorleerläufen, Türenschnellen und Motorneustarts. Im Bereich der LKW-Waage, die sich nur ca. 15 m entfernt von der Wohnbebauung in der Mühlenstraße befindet und auf der alle Abholer-LKW's vor und nach der Beladung gewogen werden, entsteht zusätzlicher Lärm wie

Aufrücken in der Schlange und Warten mit Motorleerlauf und laufenden Kühlaggregaten.

Sowohl bei den Problemen mit den Brummgeräuschen als auch den LKW-Bewegungen auf dem Firmengelände kommt der Sachverständige zu dem Ergebnis, dass in den bisherigen Gutachten der Lärm anhand theoretischer Rechenmodelle oder durch - aus seiner Sicht - unzureichende Messungen ermittelt wurde. Seine Empfehlung an den Umweltausschuss ist die Durchführung neuer Lärmmessungen. Nur so kann Klarheit über die tatsächliche Lärmsituation hergestellt werden. Die BALL hält dies für mehr als überfällig.



Endlich Schritte in Richtung Frieden gehen:

## Rüstungsausgaben senken!

**M**it Demonstrationen und Kundgebungen in über 90 bundesdeutschen Städten hat die Friedensbewegung bei den diesjährigen Ostermarschaktionen ihre Themen in die Öffentlichkeit getragen. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach einer neuen Friedenspolitik,



Helmut Welk

denn täglich zeigen uns die Medien neue Bilder von Kriegen. Es wird immer deutlicher, Kriege und Aufrüstung machen die Welt nicht sicherer, sondern produzieren unendliches Leid, sind der Hauptgrund für riesige Fluchtbewegungen und der Nährboden für Terrorismus. Die Kriege in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien machen dies besonders deutlich. Inner- und zwischenstaatliche sowie wirtschaftliche Konflikte können nur mit gewaltfreien und diplomatischen Mitteln gelöst werden. Deutschland ist fast an

jedem Krieg mit der Lieferung von Kriegsgerät oder mit Soldaten der Bundeswehr beteiligt.

Im Kreis Pinneberg nahmen über 250 Teilnehmer an der Friedensdemonstration in Wedel teil. Neben Uta Amer vom Friedensnetzwerk Kreis Pinneberg sprachen der Propst Thomas Drope vom Kirchenkreis HH-West/Südholstein und Peter Brandt, der DGB Vorsitzende des Kreises Pinneberg, zu den Kundgebungsteilnehmern auf dem Wedeler Rathausplatz. Sie forderten zur Einstellung von Waffenproduktion, Rüstungsexporten und zu Auslandskriegseinsätzen der Bundeswehr auf. Besonders scharf kritisierten sie das 130 Milliarden Aufrüstungsprogramm der CDU/CSU/SPD-Bundesregierung zur Anschaffung neuen Kriegsgeräts und die Pläne zur Erhöhung (fast Verdoppelung) der Militärausgaben für die Bundeswehr auf jährlich über 60 Milliarden Euro.

Wo das Geld heute schon fehlt und in den kommenden Jahren fehlen wird, so Peter Brand (DGB), zeigen der jahrelange

Sozialabbau und die verschuldeten Städte und Gemeinden. Pflegekräfte in Krankenhäusern und Altenheimen sind unterbezahlt und zunehmend belastet. Zahlreiche Brandbriefe von Schullehrern dokumentieren untragbare Zustände an Schulen, zu große Klassen, zu große Belastung von Lehrkräften angesichts immer neuer Aufgaben wie z. B. der Ganztagsbetreuung. Schulen- und Jugendeinrichtungen sind nicht nur im Kreis Pinneberg schon

länger sanierungsbedürftig. Es gibt immer weniger bezahlbaren Wohnraum; zugleich nehmen der Niedriglohsektor, Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse zu. In der Folge steigen Armut und Altersarmut auch wegen der unterfinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung an.

Was wir brauchen sind keine milliardenteuren Aufrüstungsprogramme sondern endlich ein Umdenken für eine neue Friedenspolitik.



Bootsflüchtlinge im Mittelmeer:

## Das Sterben geht weiter



**D**ie Lage auf dem Mittelmeer spitzt sich zu. Immer mehr Flüchtlinge versuchen wieder, den gefährlichen Weg von Tunesien oder Libyen aus in die EU zu nehmen. Die Zahl der Menschen, die versucht in zumeist kaum seetüchtigen Booten über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, nimmt wegen des guten Frühlingsweters ab April wieder zu.

Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration wurden in diesem Jahr bereits mehr als 36.700 Bootsflüchtlinge gerettet. Das ist eine Zunahme

um 45 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Außerdem sind im Mittelmeer bereits mehr als tausend Flüchtlinge ertrunken. Wie das UN-Flüchtlingshilfswerk mitteilte, liege die Zahl der offiziell registrierten Fälle bei 1.073. Alleine in der ersten Aprilhälfte haben Hilfsorganisationen 8.360 Menschen von Schlauch- und Holzbooten aus Seenot gerettet. Über Ostern seien mehr als hundert Menschen ertrunken. Seenotretter machen allerdings immer wieder darauf aufmerksam, dass von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist.

Hilfsorganisationen sprachen von einer dramatischen Situation. Sie forderten Unterstützung bei der Suche nach Schiffbrüchigen und der Rettung auf dem Mittelmeer. „Wo waren die Frontex-Schiffe, als ein Rettungsschiff einer Hilfsorganisation Unterstützung brauchte, um Tausende Leben zu retten? Wo war die EU?“ stellte die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ fest. Die Hilfsorganisationen fordern von der EU endlich ein Seenotrettungsprogramm. „Im Moment ist es leider so, dass wir von staatlicher Seite sehr wenig

Unterstützung bekommen, zu wenig, um ausreichend Menschen retten zu können“, sagte der Kapitän des Rettungsschiffs „Sea Eye“ in einem Fernsehinterview. Statt Hilfe zu bekommen werden die Hilfsorganisationen von EU-Seite mit Vorwürfen belegt. Hilfsorganisationen wird die Zusammenarbeit mit Schleppern bei der Rettung von Flüchtlingen vorgeworfen. Dazu die „Ärzte ohne Grenzen“: „Es ist verstörend, dass Frontex den Hilfsorganisationen mit Rettungsschiffen über die Medien vorwirft Schlepper zu unterstützen, während die Organisation uns gleichzeitig nicht helfen will. Will die EU uns vorschlagen, wir sollten uns weiter aus der Zone auf dem Mittelmeer zurückziehen, wo das Risiko zu ertrinken am größten ist, nur um Menschenschmuggel schwieriger zu machen? Sollen wir die Menschen einfach ertrinken lassen?“

Auch wenn es in den Medien anders dargestellt wird: die Bundeswehr, die im Rahmen der „EU Navfor Med Sophia“ mit Kriegsschiffen im südlichen Mittelmeer unterwegs ist, hat offiziell kein Seenotrettungsmandat sondern deren Hauptaufgabe ist die Flüchtlingsabwehr.

## Hier muß es voran gehen!

**I**n einem Jahr wird in Barmstedt die neue Stadtvertretung gewählt. Welche Themen werden von der BALL-Fraktion im Rathaus bis zur Wahl noch vorrangig verfolgt? Eines ist sicher: Die BALL-Fraktion wird wie bisher den Widerstand gegen jegliche weitere Belastungen der Bürgerinnen und Bürger durch Gebühren-, Preis- und Steuererhöhungen aufrecht erhalten, die BALL wird keinen Kürzungen bei den Schulen und sozialen Einrichtungen, bei der Kultur- und Sportförderung zustimmen. Darüber hinaus wird die BALL sich dafür einsetzen, dass es bis zur Kommunalwahl in einem Jahr bei diesen Themen voran geht:

■ **Neue Kindertagesstätte:** Die BALL wird weiterhin mit Nachdruck sich für den Bau einer weiteren Kindertagesstätte einsetzen. Diese ist mehr als überfällig angesichts fehlender Krippen- und Kita-Plätze und angesichts neuer Wohngebiete.  
 ■ **Stadtbücherei:** Weiterhin wird sich die BALL für die Schaffung größerer und besserer Räumlichkeiten für die Stadtbücherei an zentraler Stelle

engagieren.

■ **Preisgünstiger Mietwohnungsbau:** Die BALL wird darauf achten, dass in den neuen B-Plänen (Düsterlohe; Gr. Gärtnerstr.) der Bau von Mietwohnungen in relevanter Größenordnung berücksichtigt wird. An der Düsterlohe sollte die Stadt

Dr. Günter Thiel



ein Grundstück in Erbpacht an eine Genossenschaft für den Bau von ca. 20 Mietwohnungen zur Verfügung stellen oder ggf. diese in kommunaler Trägerschaft errichten, um dort günstigere Mieten zu ermöglichen.

■ **Feuerwehrwache:** Eine Entscheidung, wie und wo die Barmstedter Feuerwehr in zeitgemäßen Räumlichkeiten untergebracht wird, sollte nach Auffassung der BALL in den nächsten Monaten erfolgen.

■ **Ärztliche Versorgung:** Die BALL hält Initiativen der Stadt zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung für vordringlich.

## Barmstedt will energieeffiziente Stadt werden

**D**ie Stadtvertretung will ein „Energie- und Klimaschutzleitbild“ verabschieden. Da steht u. a. viel Richtiges drin: die Stadt will möglichst sparsam beim Energieverbrauch sein; sie will dabei Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger sein; sie will das Bewußtsein für die Klimaproblematik schärfen. Seien wir optimistisch, dass das Leitbild in Barmstedt das wilde Abholzen von gesunden Bäumen in Zukunft verhindert. Dann steht im Leitbild noch der wichtigste Satz: „Auch wenn die Rahmenbedingungen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen im Wesentlichen auf internationaler und nationaler Ebene gesetzt werden...“ Die CDU/SPD-Bundesregierung lässt die Kohlekraftwerke weiter laufen. Mit Billigung der Regierung können die Automobilkonzerne ihre Autos mit gefälschten extrem überhöhten Abgaswerten auf den Markt schmeißen und dies fortsetzen. Hoher Energieverbrauch der Konzerne wird durch geringere Preise und durch Abgabenbefreiung belohnt. Die US-Regierung verabschiedet sich aus den internationalen Klima-Schutzabkommen. Das Abholzen der Regenwälder geht

weiter. Riesige Energiemengen werden bei der Produktion sinnloser Waren, bei der Produktion von Lebensmitteln, die am Ende vernichtet werden oder bei der systematischen Produktion von Gütern mit begrenzter Lebensdauer vergeudet.... Es ist offensichtlich: Die Lebensweise, wie sie in den „hochentwickelten“ kapitalistischen Industriestaaten erfolgt, kann kein Vorbild sein und führt zum Crash, wenn man den Nachholbedarf, den Hunger und die Not in weiten Teilen der Welt sieht. Die Lösung? Immerhin: Es gibt ein wachsendes Bewußtsein für die Probleme und die Heizung etwas runterdrehen ist immer gut.

### Info-Coupon:

Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk, Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt